

Sperrfrist: 13. Juli 2026, 10:00 Uhr

Antisemitische Vorfälle in Baden-Württemberg erstmals systematisch ausgewertet

RIAS-Meldestelle dokumentiert 2025 insgesamt 335 antisemitische Vorfälle in Baden-Württemberg

Stuttgart, 13. Juli 2026: *Erstmals liegt ein RIAS-Jahresbericht zu antisemitischen Vorfällen in Baden-Württemberg vor. Im Jahr 2025 dokumentierte die neue Meldestelle 335 antisemitische Vorfälle, das entspricht fast einem Vorfall pro Tag. RIAS erfasste Vorfälle in allen Regierungsbezirken, sowohl in Städten als auch in ländlichen Regionen. Die Meldestelle geht von einem großen Dunkelfeld aus.*

Antisemitismus trifft Jüdinnen:Juden im Alltag

Antisemitische Vorfälle prägen das Leben von Jüdinnen:Juden: auf der Straße, im Internet, an Bildungseinrichtungen oder im direkten Wohnumfeld. In Reutlingen wurden auf offener Straße zwei Juden von einem Mann mit den Worten „Scheiß Juden“ und „Schwuchtel“ beleidigt. Er forderte einen von ihnen auf, seine Kippa zu verdecken. Auf Facebook erhielt eine Jüdin wiederholt Drohungen, darunter ein Bild einer Zyklon-B-Dose mit dem Kommentar „Noch auf Lager“.

Hoher Anteil von israelbezogenem Antisemitismus dokumentiert

Der 7. Oktober 2023 und das Kriegsgeschehen im Nahen Osten waren auch im Jahr 2025 in Baden-Württemberg Anlässe für antisemitische Vorfälle. Bei 71 % der Vorfälle wurde israelbezogener Antisemitismus dokumentiert. Jüdinnen:Juden, jüdische Gemeinden und Institutionen wurden angefeindet und für das vermeintliche Handeln Israels verantwortlich gemacht. Eine jüdische Gemeinde erhielt mehrere E-Mails, in denen Israel mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde. Jüdinnen:Juden wurden als „Feinde aller Menschen“ bezeichnet, die „verschwinden“ sollten. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Personen, die sich unter anderem gegen Antisemitismus oder in Initiativen für jüdische Geschichte engagierten, waren betroffen.

115 Versammlungen mit antisemitischen Vorfällen dokumentiert

RIAS erfasste 2025 durchschnittlich mehr als zwei Versammlungen mit antisemitischen Vorfällen pro Woche. In 97 % der Fälle wurde israelbezogener Antisemitismus dokumentiert. Immer wieder wurden Forderungen verbreitet, die Israel delegitimieren und Jüdinnen:Juden das Recht auf Selbstbestimmung absprechen. Bei einer Demonstration am 1. Mai in Mannheim riefen

Teilnehmende antisemitische Parolen, in denen sie Zionismus mit Faschismus gleichsetzten. Daneben wurden die Raketenangriffe der Huthi-Milizen unterstützt und eine neue Intifada gefordert. Bleiben solche Parolen im öffentlichen Raum unwidersprochen, tragen sie zur Normalisierung von Antisemitismus bei.

Schulen und Hochschulen von Antisemitismus betroffen

Vergangenes Jahr wurden RIAS Baden-Württemberg 40 antisemitische Vorfälle an Bildungseinrichtungen gemeldet, darunter 25 an Hochschulen und 15 an Schulen. In mehreren Fällen wurden jüdische Schüler:innen beleidigt, ausgegrenzt und angegriffen. Im Regierungsbezirk Freiburg wurde ein jüdischer Schüler in der Schule antisemitisch gemobbt und eine Treppe hinuntergestoßen. Mitschüler:innen riefen: „Es interessiert niemanden, wenn du stirbst.“ Weil Schulen und Hochschulen zentrale Orte der Teilhabe sind, können Schüler:innen, Studierende und Beschäftigte antisemitischen Vorfällen dort kaum ausweichen.

Zu RIAS Baden-Württemberg: Die Meldestelle nahm im Januar 2025 ihre Arbeit auf und dokumentiert antisemitische Vorfälle ober- und unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Ziel ist es, Antisemitismus aus der Perspektive der Betroffenen sichtbar zu machen, Vorfälle systematisch zu erfassen und Betroffene und Zeug:innen an Beratungs- und Unterstützungsangebote zu vermitteln. Betroffene und Zeug:innen können antisemitische Vorfälle unter report-antisemitism.de melden.

Der vollständige Jahresbericht „Antisemitische Vorfälle in Baden-Württemberg 2025“ ist abrufbar unter: report-antisemitism.de/documents/RIAS_BW_Bericht_2025.pdf
Für Rückfragen oder Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an RIAS Baden-Württemberg unter: info@rias-bw.de oder +49 711 228 3621

RIAS Baden-Württemberg ist eine Maßnahme des Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Das Demokratiezentrum wird finanziert durch das Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg aus Landesmitteln, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat, und gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ).

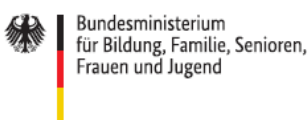


Gefördert durch



Finanziert aus Landesmitteln, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat.

und gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Stimmen zur Veröffentlichung des Jahresberichts 2025

Dr. Robert Ogman, Projektleiter RIAS Baden-Württemberg:

„Der erste Jahresbericht von RIAS Baden-Württemberg zeigt, wie wichtig es ist, antisemitische Vorfälle systematisch zu dokumentieren und die Perspektiven von Betroffenen im Land sichtbar zu machen. Die 335 dokumentierten Vorfälle geben einen ersten belastbaren Einblick in das Ausmaß von Antisemitismus im Land. Zugleich stehen wir mit unserer Arbeit erst am Anfang: Wir gehen von einem großen Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle aus. Deshalb braucht es Menschen, die antisemitische Vorfälle melden und Antisemitismus so nicht unwidersprochen lassen.“

Benjamin Steinitz, Geschäftsführer Bundesverband RIAS:

„Der heute veröffentlichte Jahresbericht ist ein Meilenstein der Antisemitismus-Bekämpfung in Baden-Württemberg. Erstmals liegt ein bundesweit vergleichbares Lagebild antisemitischer Vorfälle im Land vor. Der Bericht zeigt, dass sowohl Jüdinnen und Juden als auch Kritikerinnen und Kritiker von Antisemitismus und Israel-Feindschaft regelmäßig angefeindet werden. Es braucht daher einen breiten demokratischen Konsens gegen jede Form von Antisemitismus. Antisemitismus muss klar benannt und entschieden zurückgewiesen werden: im Parlament ebenso wie im Sportverein, an Schulen und Hochschulen oder im öffentlichen Raum.“

Oliver Hildenbrand, Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit des Landes Baden-Württemberg:

„Der erste Lagebericht von RIAS Baden-Württemberg macht sichtbar, was oft verborgen bleibt, worüber zu oft geschwiegen wurde und immer noch geschwiegen wird: Antisemitismus findet leider auch im Südwesten in allen Lebensbereichen statt. Dieser Lagebericht ist mehr als eine Sammlung von Zahlen. Er ist ein Auftrag zum Handeln. Wir dürfen Antisemitismus in keiner Weise und keiner Gestalt dulden. In keiner! Für mich ist klar: Vielfalt ist unsere Stärke! Jüdisches Leben gehört in die Mitte unserer Gesellschaft – selbstverständlich, sichtbar und vielfältig. Und es braucht Schutz, Sicherheit und Solidarität. Gerade jetzt!“

Dr. Michael Blume, Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben:

„Bisher konnten wir in Baden-Württemberg das Dunkelfeld nicht gemeldeter, antisemitischer Vorfälle nur schätzen. Dank der erfolgreichen Zusammenarbeit auch mit RIAS wollen wir in den kommenden Jahren ein immer präziseres Bild vom Antisemitismus im Land gewinnen. Schon jetzt sehe ich Beobachtungen etwa an Hochschulen bestätigt. Besondere Sorgen bereiten mir auch lokale Eskalationen etwa in Freiburg, Ulm und Langenau. Die RIAS-Ergebnisse schon diesen Jahres werden nicht allen gefallen, sind aber notwendig, um Hass und Verschwörungsglauben auf Dauer zu überwinden.“

Prof. Barbara Traub, Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW):

„Polizei und Strafverfolgungsbehörden in Baden-Württemberg leisten eine hervorragende Arbeit. Antisemitismus ist jedoch kein Problem, das allein mit dem Strafrecht zu lösen wäre, sondern es ist vor allem ein gesellschaftliches Problem. Hier kann RIAS Baden-Württemberg helfen, das weite Feld des Antisemitismus aufzuklären, welches noch nicht unter das Strafrecht fällt. Das Team von RIAS Baden-Württemberg verleiht dabei mit seiner Arbeit auch den Betroffenen und Opfern eine Stimme, denen – bei allem Entsetzen über Täter und Taten – unser Hauptaugenmerk gelten sollte.“

Rami Suliman, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden (IRGB):

„Seit Jahren warnen wir vor einem zunehmenden Antisemitismus, auch hier in Baden-Württemberg. Der Bericht von RIAS macht nun konkret sichtbar, was wir erleben und mit welchen Anfeindungen wir konfrontiert sind. Zugleich bietet die Meldestelle unseren Gemeinden eine professionelle Anlaufstelle, an die sich unsere Mitglieder wenden können, wenn sie Unterstützung suchen. Das ist für unsere Gemeinden von großem Wert. Jetzt kommt es darauf an, konsequent zu handeln und Betroffene wirksam zu schützen.“